

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

66. Ministerrat

30. Juni 2021

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2021 betreffend „Einsatz von Herdenschutzhunden“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2021 betreffend „Neubeurteilung der Schutzberechtigung von Flüchtlingen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2021 betreffend „Maßnahmen für den Erhalt der Baumvielfalt in den Kommunen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2021 betreffend „Gesundheitsoffensive beim Österreichischen Bundesheer“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2021 betreffend „Förderung von Berufsperspektiven für Frauen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen und Beseitigung benachteiligender Faktoren“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 10. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2021 betreffend „Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung der Covid-19 für die Wirtschaft“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 10. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2021 betreffend „weitere Schritte für ein Glyphosatverbot“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 10. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2021 betreffend „mehr Einsatzkräfte für die grüne Grenze im Burgenland“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 10. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2021 betreffend „leistbares Junges Wohnen“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 10. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2021 betreffend „mehr Verkehrssicherheit“ vorgelegt wird.
11. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 20. Mai 2021 betreffend „konsequente Umsetzung des

CO2-Reduktionszielpfades durch engagierte Klima- und Energiemaßnahmen in Niederösterreich“ vorgelegt wird.

12. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 18. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2021 betreffend „Möglichkeit einer Wiedereingliederungsteilzeit auch für überstandene COVID-19-Erkrankungen zu prüfen“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 17. Juni 2021, mit dem eine Entschließung vom 9. Juni 2021 betreffend „Mehr Gerechtigkeit im Alter: Verpflichtendes Pensionssplitting ist ein Gebot der Stunde!“ vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 21. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2021 betreffend „Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ vorgelegt wird.
15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 21. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2021 betreffend „Aktionsplan Nachhaltige Beschaffung im Bereich der Lebensmittelbeschaffung“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 21. April 2021 zum Thema „Mobilität“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 21. April 2021 zum Thema „Covid-19“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 21. April 2021 zum Thema „ÖREK 2030 und Neue Leipzig Charta“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom 16. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 21. April 2021 zum Thema „kommunale Finanzen“ vorgelegt wird.
20. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 7. Juni 2021, mit dem drei Anträge vom 27. Mai 2021 vorgelegt werden.
21. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für das Burgenland vom 15. Juni 2021, mit dem drei Anträge der Vollversammlung vom 28. Mai 2021 vorgelegt werden.
22. Schreiben von zwei Gemeinden (Walding, Feldbach), mit denen Resolutionen betreffend „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“ vorgelegt werden.
23. E 180-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „die EU-Zukunftskonferenz“ (Wortlaut siehe Beilage).
24. E 181-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes zu einem Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr“ (Wortlaut siehe Beilage).

25. E 182-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „der Erhebung über Geldmittel, die der Bund für Maßnahmen in Bezug auf den Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder, sowie für die Präventionsarbeit, inklusive Täterarbeit in den einzelnen Ministerien aufwendet“ (Wortlaut siehe Beilage).
26. E 183-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „Schutz von intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen vor medizinisch nicht notwendigen Behandlungen an den Geschlechtsmerkmalen“ (Wortlaut siehe Beilage).
27. E 184-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „Verbot von Behandlungen von Minderjährigen, sowie Volljährigen, deren Einwilligung auf Willensmangel beruht, die auf eine Veränderung der sexuellen Orientierung abzielen“ (Wortlaut siehe Beilage).
28. E 185-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „Schutz der LGBTIQ-Rechte in Europa“ (Wortlaut siehe Beilage).
29. E 186-NR/XXVII.GP vom 16. Juni 2021 betreffend „Reparieren statt Wegwerfen: Österreichweite Förderung von Reparaturen“ (Wortlaut siehe Beilage).
30. E 191-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2021 betreffend „Position zur Neuen Gentechnik“ (Wortlaut siehe Beilage).
31. E 192-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2021 betreffend „Aktionsplan gegen Rechts-extremismus“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend die EU-Zukunftskonferenz

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas in Österreich mit Bürgerinnen und Bürgern in einem ergebnisoffenen und transparenten Dialog in Übereinstimmung mit den Grundwerten der Union zu allen Politikbereichen die zukünftigen Prioritäten und Herausforderungen der EU zu erörtern;

bei der Organisation von Veranstaltungen und BürgerInnenforen stets bestmöglich auf eine repräsentative Zusammensetzung, unter anderem in Bezug auf die geografische Herkunft, das Geschlecht, das Alter, den sozioökonomischen Hintergrund und/oder den Bildungsweg der Bürgerinnen und Bürger, zu achten;

sich im Plenum der Konferenz und in anderen geeigneten Foren dafür einzusetzen, dass die EU den Empfehlungen der BürgerInnen rasch durch konkrete und rasche Reform- und Gesetzesinitiativen nachkommt;

sich bei Bedarf für eine Verlängerung der Konferenz zur Zukunft Europas auszusprechen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes zu einem Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, die Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes zum Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr unter Einbeziehung der maßgeblichen Stakeholder möglichst rasch umzusetzen und damit die Prävention- und Gesundheitsförderung in der Schwangerschaft sowie die bestmögliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen voranzutreiben.

Entschließung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend der Erhebung über Geldmittel, die der Bund für Maßnahmen in Bezug auf den Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder, sowie für die Präventionsarbeit, inklusive Täterarbeit in den einzelnen Ministerien aufwendet

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration wird ersucht, die interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Gender Mainstreaming/Budgeting damit zu beauftragen, eine regelmäßige Abfrage durchzuführen, um festzustellen wieviel Geldmittel der Bund für Maßnahmen in Bezug auf den Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder, sowie für die Präventionsarbeit, inklusive Täterarbeit aufwendet.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend Schutz von intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen vor medizinisch nicht notwendigen Behandlungen an den Geschlechtsmerkmalen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die Bundesministerin für Justiz und die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration werden ersucht, Maßnahmen zu setzen, um intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche und ihre körperliche Unversehrtheit wirksam vor medizinischen Eingriffen zu schützen, die kein dauerhaftes körperliches Leiden, eine Gefährdung des Lebens oder die Gefahr einer schweren Schädigung der Gesundheit bzw. starker Schmerzen abwenden. Neben den notwendigen Aufklärungs-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen gilt es, mögliche Rechtslücken zu schließen. Der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird weiters ersucht Zahlen über Anzahl, Indikation, Alter der Betroffenen und Qualitätssicherung dem Parlament zu übermitteln.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend Verbot von Behandlungen bei Minderjähriçen, sowie Volljähriçen, deren Einwilligung auf Willensmangel beruht, die auf eine Veränderung der sexuellen Orientierung abzielen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz in Abstimmung mit der Bundesministerin für Justiz, wird ersucht, eine Regierungsvorlage zum Schutz vor Konversions- und „reparativen“ Therapieformen auszuarbeiten, die zum Ziel hat, die Durchführung, Bewerbung und Vermittlung von Maßnahmen und Techniken, die auf eine Veränderung der sexuellen Orientierung bei Minderjähriçen sowie bei Volljähriçen, deren Einwilligung auf Willensmangel beruht, abzielen, verboten werden soll.

Entschließung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend Schutz der LGBTIQ-Rechte in Europa

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, die Bundesministerin für EU und Verfassung sowie die Bundesministerin für Justiz werden aufgefordert, sich auf europäischer und bilateraler Ebene für den Schutz und die Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen in Europa einzusetzen, sowie im Sinne des österreichischen Engagements für Menschenrechte diese Frage auf europäischer Ebene, in den bilateralen Beziehungen und in anderen relevanten multilateralen Foren zu thematisieren.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Juni 2021

betreffend Reparieren statt Wegwerfen: Österreichweite Förderung von Reparaturen

Die Bundesregierung insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird ersucht eine Förderung von Reparaturdienstleistungen für Elektro- und Elektronikgeräte in ganz Österreich zu ermöglichen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. Juni 2021

betreffend Position zur Neuen Gentechnik

Die Bundesregierung wird ersucht, in allen nationalen und EU-Gremien die im Regierungsprogramm festgehaltene Position zu Neuer Gentechnik zu vertreten: Neue Gentechnik-Verfahren unterliegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für Gentechnik (wie z.B. Kennzeichnungspflicht); Forschungstätigkeit zum Nachweis unterstützen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. Juni 2021

betreffend Aktionsplan gegen Rechtsextremismus

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, so rasch wie möglich im Wege des bundesweiten Netzwerks Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) unter Einbindung aller betroffenen Bundesministerien, unter Einbeziehung aktueller Ergebnisse der Rechtsextremismusforschung und von Expertinnen und Experten aus Forschung und Praxis sowie unter Berücksichtigung der am 24. März 2021 im Nationalrat zur Kenntnis genommenen Nationalen Strategie gegen Antisemitismus den Nationalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in einem transparenten Prozess zu erarbeiten und dem Nationalrat zuzuleiten.